



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/III/155

Hannover, 22. Dezember 1948

Westdeutschland in der O.E.E.C.

Von Alfred Frisch, Paris

Die Europäische Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (O.E.E.C.) in Paris ist wahrscheinlich die wichtigste und positivste Nachkriegseinrichtung. Unter Überwindung zahlreicher technischer und national bedingter Schwierigkeiten bemüht sie sich um die europäische Wirtschaftszusammenarbeit in der Absicht, schrittweise eine kontinentale Einheit zu schaffen. Ihre Tätigkeit ist mit einer fast undurchdringlichen Schutzmauer von Diskretion umgeben, die sachlich damit begründet wird, dass sich alles noch im Werden befindet und das gemeinsame Werk durch zu grosse Gesprächigkeit gefährdet werden könne, besonders im Hinblick auf die noch stark ins Gewicht fallenden nationalen Empfindlichkeiten. Es ist dem Verfasser trotzdem gelungen, einen kleinen Blick hinter die Kulissen zu werfen und sich an zuständiger Stelle über die Rolle Deutschlands innerhalb der Europäischen Wirtschaftsorganisation zu unterrichten.

Deutschland ist in Paris offiziell durch die drei westlichen Militärregierungen vertreten. Die beigeordneten deutschen Sachverständigen scheinen der Überzeugung zu sein, dass die deutschen Interessen von den Besatzungsmächten, besonders was die Bizone betrifft, ehrlich und durchaus wirkungsvoll verteidigt werden, so dass aus dieser Form der Vertretung Deutschland sachlich kein Nachteil erwachse. Die französische Zone hat bisher ihre verwaltungsmässige Selbständigkeit noch gewahrt, und man hat den Eindruck, dass ihre Zusammenarbeit mit der Bizone innerhalb der Pariser Organisation enger gestaltet werden könnte. Eine Änderung dürfte mit der Bildung der Trizone zu erwarten sein.

Die deutschen Sachverständigen sind mehr als inoffizielle Berater der Beamten ihrer Militärregierungen, sie nehmen als durchaus gleichberechtigte Delegationsmitglieder an den verschiedenen Arbeiten teil. Um nur ein bezeichnendes Beispiel zu nennen: Sie haben, ebenso wie alle anderen Vertreter, das Recht, in die Wirtschaftsstatistiken der Marshall-Länder unbeschränkt Einblick zu nehmen.

Die Beratungen finden in einem Klima freundschaftlicher Zusammenarbeit statt, die sich natürlich auch auf die deutschen Delegierten erstreckt. Selbstverständlich werden fast täglich erhebliche Interessengegensätze offenbar, und es ist

nicht immer leicht, einen Ausgleich zu finden. Entscheidend bleibt hierbei der gute Wille zur positiven Lösung der Schwierigkeiten. Infolge seiner noch unsicheren Wirtschaftslage - die tatsächliche Produktionsentwicklung der nächsten Jahre ist kaum genau vorauszusehen - nimmt Deutschland eine Sonderstellung ein. Sein Vierjahresplan wird jedoch ebenso sachlich besprochen und kritisiert wie die Programme der anderen Mitgliedsstaaten. Der beabsichtigte Umfang der deutschen Ausfuhr, besonders nach westeuropäischen Ländern, stößt auf Widerspruch. Das gleiche gilt jedoch für die meisten Exportziele, die allgemein zu hoch bemessen sind. Der deutsche Wiederaufbau wird dabei nicht in Frage gestellt, selbst wenn zum Beispiel der französische Vertreter verständlicherweise um die Aufrechterhaltung der Koks- und Kohlelieferungen an die westeuropäischen Länder besorgt ist

Grundsätzlich sind alle politischen Erwägungen von den Arbeiten der Europäischen Wirtschaftsorganisation ausgeschlossen. Ihre Sachverständigen bemühen sich lediglich um technisch-wirtschaftliche Lösungen. Die verschiedenen Delegationen bestehen jedoch aus Regierungsvertretern, die zumindest durch das politische-psychologische Klima ihres Landes beeinflusst werden. Und dieses Klima muss zwangsläufig die deutsche Stellung erschweren, was wenige Jahre nach Kriegsende nicht weiter erstaunlich ist. Die Sicherheitsfrage spielt zwar innerhalb der kontinentalen Wirtschaftszusammenarbeit keine Rolle, es besteht aber andererseits kein Zweifel, dass diese Zusammenarbeit durch die endgültige Lösung des Ruhrproblems fühlbar erleichtert würde.

 Wenn man Nationalist ist

 Gute Ratschläge statt Selbsteinkehr

sp. Es ist ein merkwürdig Ding mit dem Nationalismus. Wenn sich politische Vertreter des zerschlagenen deutschen Volkes gegen eine Politik der privaten Konkurrenzangst, gegen den Missbrauch von Reparationsverpflichtungen, gegen die politischen und moralischen Gefahren, die daraus entstehen, wenden, dann sind es deutsche Nationalisten. Wenn aber die Profitgier der anderen den Nationalismus ihrer Völker gegen Deutschland anputscht, dann ist das eine konstruktive Friedenspolitik. Selbst die weit links stehende britische Wochenzeitschrift "New Statesman and Nation".

"Die Berliner Wahlen bedeuten zweifellos eine Stellungnahme gegen die Sowjets. Doch wäre es falsch, wollte man in ihnen im gleichen Augenblick ein Bekenntnis zur Demokratie erblicken. Das erhebliche Anwachsen der sozialdemokratischen Mehrheit ist nicht auf ein sozialistisches Programm, sondern auf die Tatsache zurückzuführen, dass die Reden Neumanns und Reuters unter dem Einfluss Doktor Schumachers nationalistischer waren als die der Redner der anderen Parteien."

Das Blatt macht die deutschen Sozialdemokraten für die Protestkundgebungen gegen den Abbau der Fabriken und die Zerstörung der kriegswichtigen Einrichtungen und ganz besonders für die kürzlich in Kiel und Eckernförde aufgezogenen Kundgebungen verantwortlich und schliesst:

"Die deutschen Sozialdemokraten sollten sich statt dessen um den Zusammenschluss der deutschen Arbeiter gegen die Frankfurter Politiker bemühen, deren liberale Wirtschaftspolitik eine tödliche Gefahr für jegliches Streben nach Hebung des Lebensniveaus der Bevölkerung ist."

Danke, mit guten Ratschlägen sind wir versehen! Wenn wir all die Dummheiten machen wollten, die man uns zumutet, dann wäre Deutschland schon längst ruiniert und damit - die angelsächsische Politik auf deutschem Boden unmöglich gemacht.

Die deutsche Sozialdemokratie ist der einzige Faktor, der gegen die Frankfurter Wirtschaftspolitik kämpft. Das ist erklärlich, denn Frankfurt ist deutsch und seine Politik darum die Angelegenheit der deutschen Parteien. Die Sozialdemokraten brauchen keine Belehrungen von einer Stelle, die sozialistisch deklamiert und den auch von den Briten in Deutschland geförderten Liberalismus praktisch unterstützt. Aber mit so sinnlosen Phrasen wie "Zusammenschluss der deutschen Arbeiter gegen die Frankfurter Politiker" soll man uns vom Halse bleiben. Das haben wir bei den Kommunisten schon viel schöner gelesen. Schliesslich sind ja diejenigen, die gegen die Frankfurter Politik kämpfen, sozialdemokratische Abgeordnete. Bestimmt ist es nicht die britische Besatzungsmacht, die kommandiert fast vier Jahre nach Kriegsende Demontagen, aber man hört die Kommandostimme nicht, wenn die Nazi frech herumzulaufen, sich zu Hitlers Schandwerk bekennen und aussenpolitische Programme entwickeln, bei denen jede Silbe schon ein Verbrechen gegen Deutschland und den europäischen Frieden ist.

Wir wünschen nicht in diesem Zusammenhang die lange Liste des Versagens auch der wertlichen Arten der Besatzungspolitik aufzuzählen und hier polemisch zu werten. Das Gelingen des Marshallplanes wird von den Deutschen gefördert, die den wirtschaftlichen Aufbau ihres Landes verteidigen; das sind die Europäer! Aber die Geschäftspolitiker aller Länder, das sind nach bewährtem Muster die Nationalisten.

Die SPD Bayerns zum Jahresende

sp. Der Landesvorstand der SPD sah sich noch vor Jahreschluss veranlasst, gegen die Stellungnahme der bayerischen Regierung zu den Vorgängen in Bonn zu protestieren. Im Länderratsausschuss des Bayerischen Landtages erklärte Waldemar von Knoeringen für die SPD-Fraktion, dass die CSU-Regierung in Bonn nicht im Namen des gesamten Landtages sprechen könne. Die SPD-Fraktion habe sich wiederholt mit den Bonner Arbeiten beschäftigt, sie werde aber grundsätzlich erst Stellung nehmen können, wenn die Verhandlungen der

Fraktionen in Bonn zu Ende geführt sind. Es sei jedoch klarzustellen, dass die SPD in ihrer Auffassung über den Aufbau des Bundes in grundsätzlichen Fragen mit der CSU und mit der bayerischen Regierung nicht übereinstimmen könne.

Der bayerische SPD-Vertreter in Bonn, Albert Rosshaupter, äusserte bei einem gelegentlichen Aufenthalt in München, man habe in Bonn von vornherein den Fehler begangen, die vorbereitenden Arbeiten in zuviel Ausschüsse aufzuspalten, die Folge sei, dass man im Plenum die Beratungen wiederhole, ohne die Ergebnisse der Ausschüsse genügend zu berücksichtigen. Seiner Ansicht nach hätte ein Verfassungsausschuss gebildet werden müssen, der Grundsatzbestimmungen soweit hätte klären sollen, dass sie dem Plenum zur Entscheidung vorgelegt werden könnten. Weiter kritisierte Rosshaupter, dessen Urteil angesichts seiner jahrzehntelangen parlamentarischen Arbeit in Bayern immer starkes Gehör gefunden hat, dass man dem Bund in elf Fällen die Gesetzgebung überlassen und in weiteren 24 Punkten den Vorrang in der Gesetzgebung geben wolle. Eine wahre Leporello-Liste der Zuständigkeiten und Abgrenzungen verwirre die Vorstellungen von der künftigen Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den Ländern. In Bonn seien zuviel Juristen und zu wenig Politiker am Werk.

Der Landesvorstand der SPD Bayerns gab zum Jahresende einen Aufruf an die Partei heraus, in dem es unter anderem heisst:

" Vieles, was wir uns an der Schwelle von 1948 erhofften, ist nicht in Erfüllung gegangen. Trotz allem aber hat die Sozialdemokratische Partei ihren Weg fortgesetzt, unermüdlich arbeitend für den sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg unseres Volkes. Ohne den grossen Idealismus und die Opferfreude von Tausenden von selbstlosen Sozialdemokraten wäre unser Kampf unmöglich gewesen. Der grosse moralische Sieg der SPD in Berlin erfüllt uns mit stolzem Selbstbewusstsein. Das neue Jahr muss eine Klärung des geistigen Standortes der Partei bringen. Die unerträgliche Spanne zwischen Preis und Lohn muss beseitigt und ein soziales Wohnungsbauprogramm zum Anlaufen kommen. Wie wir hoffen, wird die Sozialdemokratie die stärkste Partei im künftigen Bundesparlament werden."

60 Jahre Arbeiter-Samariter -Bund

sp. In diesen Tagen ist es 60 Jahre her, dass der Arbeiter-Samariter-Bund mit seiner Arbeit begonnen hat. Mangelnde Schutzmassnahmen in den Betrieben veranlassten Ende der 80er Jahre einige Zimmerleute aus Berlin zu der Gründung einer freien Samariterorganisation. Das Rote Kreuz stand damals nur bei Katastrophen, Seuchen und Kriegsfall zur Verfügung, nicht aber zur ersten Hilfe bei Unglücksfällen. Nach anfänglichen Schwierigkeiten - vor allem Mangel an Ärzten - wurde 1888 in Berlin mit der Arbeit begonnen, 1901 in Dresden, 1904 in Köln, 1906 in Meissen, 1907 in Hamburg, 1910 in Hannover. Später folgten noch einige andere Orte, u.a. Kassel und Nürnberg. 1909 wurde in Magdeburg der Arbeiter-Samariter-Bund gegründet. Die Gründung fand anfangs weder bei den Parteien, noch bei den Gewerkschaften An-

klang. Bis zum Ausbruch des Weltkrieges umfasste der Arbeiter-Samariter-Bund 108 Kolonnen mit insgesamt ca. 6.000 Mitgliedern. Der Krieg brachte auch für den ASB einen starken Rückschlag, der aber in der Nachkriegszeit aufgeholt wurde. Nach der Machtergreifung Hitlers wurde auch der ASB aufgelöst. Mit 1.600 Kolonnen und ca. 50.000 Mitgliedern gehörte der Bund damals zu den größten Wohlfahrtsorganisationen in Deutschland.

Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches fanden sich 1946 in Hannover einige frühere Mitglieder des Bundes zusammen und begannen wieder mit der Arbeit. Im April 1948 wurde auch in Hildesheim der ASB wieder gegründet. Auch diesmal musste mit allem neu begonnen werden. Was bis zum 20. Juni mühsam aufgebaut wurde, wurde durch die Währungsreform fast vernichtet.

Von Hildesheim aus wurde die erste Verbindung mit der dänischen Bruderorganisation aufgenommen.

F.

 Frau Luise Ebert 75 Jahre

sp. In der abgeschiedenen Stille einer idyllischen westdeutschen Universitätsstadt, in Heidelberg, beging Frau Luise Ebert, die Frau des ersten Reichspräsidenten, ihren 75. Geburtstag. Von ihrer Familie weilte an diesem Tage nur ihr Sohn Karl, der heute sozialdemokratischer Abgeordneter von Württemberg-Baden ist, bei ihr.

Das Schicksal hatte sie an ihrem Lebensabend in die Stadt geführt, in der ihr Mann geboren wurde und in der er seine letzte Ruhestätte fand. In einer seltenen geistigen und körperlichen Rüstigkeit und einer auch heute noch vorhandenen vollen Aufgeschlossenheit gegenüber allen Dingen des politischen und täglichen Lebens blickt Frau Luise Ebert an ihrem 75. Geburtstag auf ihren Lebensweg zurück, den sie gemeinsam mit Friedrich Ebert bis zu dessen frühen Tod gegangen ist. Es ist ihr auf dem Schicksalsweg nichts erspart geblieben. Zwei Söhne verlor sie im ersten Weltkrieg und bald darauf starb die einzige Tochter. Durch den Krieg verlor sie Hab und Gut, aber nie den Glauben, dass die Zeit kommen werde, in der das Werk ihres Mannes, das der Vermenschlichung der Zustände gegolten hat, fortgesetzt werden könne.

Die Glückwünsche aller Sozialdemokraten Deutschlands galten am 23. Dezember der Lebensgefährtin des ersten deutschen Reichspräsidenten Friedrich Ebert.

 Verantwortlich: Peter Raunau